

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 17/2018

19. Oktober 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

Die **Landtagswahl** in Bayern hat uns als Sozialdemokraten ein überaus ernüchterndes Ergebnis beschert. Auch wenn Bayern für die SPD noch nie ein einfaches Pflaster war, ist der vergangene Sonntagabend doch ein sehr bitterer gewesen. Für die in Berlin beteiligten Regierungsparteien hat die Wahl deutliche Verlusten verursacht. Ich halte nicht viel davon, sich nach einem positiven Ausgang von Landtagswahlen hinzustellen und vom positiven Einfluss aus Berlin zu sprechen und gleichzeitig bei einem negativen Ausgang darauf zu verweisen, dass der Bund damit nichts zu tun hat und es sich ausschließlich um ein Landesergebnis handelt. Zwar hat die Wahl lediglich in einem der 16 Bundesländer stattgefunden, doch die bundespolitische Stimmungslage spielte aus meiner Sicht auch hier eine Rolle. Das Wahlergebnis aus Bayern ist deshalb aus meiner Sicht auch als Signal zu sehen, dass viele Menschen mit dem Auftreten der Bundesregierung in den vergangenen Monaten unzufrieden sind. Auch aus meiner Sicht wurde die gute inhaltliche Arbeit vieler BundesministerInnen allzu häufig von populistischen Themen überlagert, die von einzelnen Lautsprechern wirkungsvoll gesetzt wurden. Dazu gehört die unsägliche von Minister Seehofer angestoßene Debatte über die Zurückweisung von Flüchtlingen und auch die Debatte um den abgesetzten Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dazu hatte ich mich ja bereits zuletzt deutlich geäußert.



Wir wollen uns in Berlin darauf konzentrieren die eigenen Themen besser in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen und damit auch die hessische SPD mit Thorsten Schäfer-Gümbel dabei zu unterstützen, ein besseres Ergebnis zu erreichen. Themen hatten wir dazu auch in dieser Woche genug. Wir haben erneut eine ganze Reihe sozialdemokratischer Herzensanliegen abschließend im Bundestag beschlossen und machen damit konkrete sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land. Mit der **Brückenteilzeit** schaffen wir endlich das Recht nach einer Auszeit in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren und befreien damit vor allem viele Frauen aus der „Teilzeitfalle“. Wir sorgen dafür, dass die Arbeitszeit sich verschiedenen Lebensphasen wie der Kindererziehung oder der Pflege anpasst und ermöglichen damit mehr Selbstbestimmung für Beschäftigte. Durch die Wiedereinführung der **Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung** zahlen Arbeitnehmende wieder den gleichen Beitrag wie Arbeitgebende. Das **Gute-Kita-Gesetz** steigert Qualität der Kindertagesbetreuung und sorgt dafür, dass mehr Eltern von einer gebührenfreien Kita profitieren können. Damit gehen wir einen entscheidenden Schritt zur Förderung der frühkindlichen Bildung in Kitas. Dabei unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit 5,5 Milliarden Euro bei der Steigerung der Qualität und der Umsetzung der Gebührenfreiheit. Auch auf EU-Ebene stehen wichtige Entscheidungen an. In dieser Woche tagt der Europäische Rat und befasst sich u.a. mit dem Stand des **Brexit**, bei dem die Verhandlungen stocken. Noch ist es für pragmatische Lösungen aber nicht zu spät. Viel Spaß beim Lesen.

Euer



Terminauswahl

| 24. Oktober 2018 | 18.30 Uhr

Europa Union Hameln, Vortrag: „Armut in Deutschland und Europa und ihre Folgen“, VHS Hameln

| 26. Oktober 2018 | 10.00-12.00 Uhr

Infostand des SPD OV Uslar, Lange Straße, Uslar

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 — Alexander Müller wählen!
Treffen mit dem Verwaltungsrat
der Sparkasse Hameln-Weserbergland
- Seite 3 — Dialogpapier der Fraktion zu Russland
- Seite 4 — Besucher im Bundestag
#unteilbar-Kundgebung in Berlin
- Seite 5 — Neu im Team: Eva Zimmermann
- Seite 6 — Pressemitteilung zur Parität in der
gesetzlichen Krankenversicherung

Ihr findet mich auch bei:



UNSER KANDIDAT FÜR ESCHERSHAUSEN-STADTOLDENDORF - ALEXANDER MÜLLER

Am Sonntag wird in der Samtgemeinde Eschershausen-Stadtoldendorf ein neuer Bürgermeister gewählt. Für die SPD haben wir Alexander Müller ins Rennen geschickt. Der 25-jährige hat einen superengagierten Wahlkampf hingelegt.



Unter dem passenden Motto „**Generationswechsel. Jetzt. Zukunft. Fortschritt. Lebensqualität.**“ hat er in den letzten Wochen und Monaten viele Veranstaltungen und Unternehmen besucht, Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt und

gemeinsam mit den Genossinnen vor Ort Verteilaktionen und Veranstaltungen organisiert. Auf seiner Agenda steht: Mit mutigen, neuen und frischen Ideen junge Familien sowie Unternehmerinnen und Unternehmer davon überzeugen bei uns heimisch zu werden. Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern sowie die

Ortschaften und Städte lebenswert zu halten - dieses Ziel zum Erhalt der Lebensqualität der Menschen, die in Eschershausen-Stadtoldendorf wohnen, liegt ihm am Herzen. Zudem möchte er den Tourismus stärken und Leerstände bekämpfen. Ich habe Alexander bei vielen gemeinsa-

men Veranstaltungen und Aktionen als engagierten, gut vernetzten und innovativen Politiker kennengelernt und unterstütze ihn ganz ausdrücklich.



Ich bitte Euch daher: Geht am 21. Oktober zur Wahl, nehmt Eure Nachbarn mit und wählt den Generationenwechsel für Eschershausen-Stadtoldendorf. Ich drücke Alexander alle Daumen, damit er Eschershausen-Stadtoldendorf auf neue, innovative und stabile Beine stellen kann!

TREFFEN MIT DER SPARKASSE HAMELN-WESERBERGLAND

Für zwei Tage waren der Vorstand, der Verwaltungsrat und ArbeitnehmervertreterInnen der Sparkasse Hameln-Weserbergland in Berlin, um sich mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und weiteren Institutionen aus dem finanz- und kommunalpolitischen Bereich auszutauschen. Ich habe den Besuch in Berlin für einen informellen Austausch genutzt. Vielen Dank für die Möglichkeit zum ungezwungenen und offenen Gedankenaustausch.



SPD-FRAKTIONSPAPIER ZUR RUSSLAND-POLITIK DIALOG—VERTRAUEN—SICHERHEIT.

Die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland sowie der bewaffnete Konflikt im Südosten der Ukraine seit 2014 haben zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa in den letzten Jahren beigetragen.

Eine dauerhafte stabile Ordnung in Europa ist nur dann möglich, wenn große und kleinere Staaten sich in ihrem Verhalten an den gleichen völkerrechtlichen Normen orientieren, ihre Grenzen wechselseitig respektieren und sich um eine möglichst faire Balance zwischen den Interessen aller bemühen.

- Wir brauchen mehr Dialog über **konventionelle Abrüstung**. Eine nukleare Aufrüstung wäre der falsche Weg und würde die Spannungen in Europa noch weiter erhöhen. Es gilt zudem, die stockende oder unterbrochene Rüstungskontrolle wieder aufzunehmen und auszudehnen.

- Die Europäische Union ist eine Friedensordnung. Ihre Handlungsfähigkeit erfordert funktionsfähige gemeinschaftliche und multilaterale Institutionen sowie eine politische Kultur, die die Bereitschaft zum Kompromiss beinhaltet. Die **EU-Initiative für eine Permanent Structured Cooperation (PESCO)** soll den Rahmen für Kooperation von EU-Staaten im Bereich der europäischen Verteidigungsfähigkeit bilden. Angesichts des russischen Verhaltens in den vergangenen Jahren ist die erhöhte Präsenz der NATO in den baltischen Staaten konsequent und Ausdruck der Bündnissolidarität.

- Sicherheit voreinander allein wird nicht reichen. Wir brauchen auch Sicherheit miteinander. Gerade während einer Krise bleibt intensive Kommunikation eine zwingende

Voraussetzung für deren friedliche Überwindung. Daher sind die **Fortsetzung des Dialogs im NATO-Russland-Rat, die Nutzung von Krisenkommunikationsmechanismen auch auf militärischer Ebene und andere Formen der Konfliktentschärfung** wichtig.

- Auch die **OSZE** sollte gerade in der jetzigen Phase der Vertrauenskrise als Dialogforum weiter ausgebaut und gleichzeitig handlungsfähiger und effektiver bei der Verhütung von Konflikten werden.

- Unser Ziel ist eine **europäische Russland-Politik**. Die Einbeziehung Russlands kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, unsere östlichen Nachbarn in der EU und der Östlichen Partnerschaft dafür zu gewinnen. Dies setzt voraus, dass wir auch bereit sind, deren Interessen und Bedrohungswahrnehmungen zu berücksichtigen.

- Russland zu verstehen, heißt nicht, mit ihm in jeder Frage übereinzustimmen. Deshalb sollte bereits heute über neue vertrauensbildende Maßnahmen und über **Projekte der Zusammenarbeit** gesprochen werden – wo sie sinnvoll und realistisch sind.

- **Wir erwarten**, dass Russland in Syrien Assad an den Verhandlungstisch bringt, in der Ostukraine durch seinen Einfluss auf die Separatisten dazu beiträgt, den vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten sowie Cyber-Angriffe von seinem Territorium auf andere Länder unterbindet.

- Nicht zu unterschätzen ist auch die stabilisierende **Wirkung wirtschaftlicher Kontakte** auf die politischen Beziehungen. Daher sollte nach neuen Möglichkeiten gesucht werden, um Wirtschaftskooperation zu fördern.

- Denkbar wären auch intensiviertere Beziehungen und Kontakte zu den von Russland dominierten Institutionen wie der **Eurasischen Wirtschaftsunion und der Organisation für den Vertrag über kollektive Sicherheit**. Dies hätte zum einen den Vorteil, dass die Interessenkonflikte „regionalisiert“ würden und sich nicht nur Russland und „der Westen“ begegneten, sondern die EU und die EAWU und – unter dem Dach der OSZE – die NATO und die OVKS.

- Wir müssen den **zivilgesellschaftlichen Austausch** als eine der wenigen erhaltenen Brücken im Verhältnis zu Russland weiter stärken, insbesondere im **Jugendbereich**. Wir setzen uns dafür ein, dass Russland auch im Nachfolgeprogramm Erasmus von 2021-2027 in entsprechender Weise als Programmland berücksichtigt wird.

Wir sollten und dürfen den derzeitigen Antagonismus zwischen Russland und dem Westen weder als natürlichen noch als Dauerzustand akzeptieren. Deshalb hilft nur eine Politik der gegenseitigen Vertrauensbildung, eine Politik der schrittweisen Transformation der zurecht als unbefriedigend und gefährlich empfundenen Verhältnisse. Dieser Ansatz kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie Partner für ihre Initiativen findet und der Adressat ihrer Friedenspolitik zu einer konstruktiven Reaktion bereit ist.

Das gesamte Papier, an dem ich als zuständiger Berichterstatter beteiligt war, findet Ihr unter folgendem Link: <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-spdfraktion-dialog-vertrauen-sicherheit-20181009.pdf>

BESUCHER IN BERLIN



Auch in dieser Woche hatte ich spontanen Besuch aus heimatlichen Gefilden. Am Donnerstag haben Annegret Ständer und Thomas Kuhnert aus Heßlingen bei mir im Bundestag vorbeigeschaut. Thomas musste beruflich für die DLG-Prüfungen nach Berlin und ist besonders bei der Kreis-

feuerwehr Hameln-Pyrmont aktiv. Ihn hatte ich zuletzt in Bodenwerder bei der Abnahme der Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr getroffen. Schön, dass ihr den Berlin-Aufenthalt genutzt habt, um einfach mal kurz bei mir reinzuschauen. Ich danke euch für das nette Gespräch und den Besuch.

#UNTEILBAR-KUNDGEBUNG IN BERLIN: FÜR EINE OFFENE UND FREIE GESELLSCHAFT FÜR SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG



Da bleibe ich ausnahmsweise über das Wochenende in Berlin, um an der #unteilbar-Kundgebung teilzunehmen und dann treffe ich am Samstagmorgen auf dem Markt („Dicke Linda“ in Neukölln) beim Einkaufen trotzdem nette Menschen aus

dem Weserbergland. Waltraud und Manfred Ahrens waren zum Familienbesuch in Berlin. Augenscheinlich gleichermaßen überrascht und erfreut „ihren“ Bundestagesabgeordneten spontan in Berlin zu treffen. Ich auch! Toll euch zu sehen! :-)

Unter dem Motto "Für eine offene und freie Gesellschaft - Solidarität statt Ausgrenzung" hatte das Bündnis Unteilbar zur Kundgebung in Berlin aufgerufen.

Für eine offene Gesellschaft, für ein solidarisches Miteinander, gegen rechte Hetze und gegen Diskriminierung. 40.000 Teilnehmer hatte der Veranstalter angemeldet, fast 250.000 Menschen in der Spitze setzten ein unglaublich deutliches Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt! Danke an alle TeilnehmerInnen!



NEU IM TEAM: EVA ZIMMERMANN



Als neue Mitarbeiterin von Johannes möchte ich mich kurz vorstellen. Ich heiße Eva Zimmermann, bin 23 Jahre alt und unterstütze seit Anfang Oktober das Team in Berlin. Bevor ich nach Berlin gezogen bin, habe ich an der Universität Konstanz Politik- und Verwaltungswissenschaften studiert. Im

Studium habe ich die Gelegenheit genutzt und mich vor allem mit europäischen und internationalen Themen tiefgehend beschäftigt. Außerdem habe ich durch verschiedene Praktika in Berlin auch den Bundestag bereits ein wenig kennenlernen dürfen. Seit Oktober beschäftigte ich mich noch inten-

siver mit meinem Schwerpunkt, da ich den Master „Internationale Beziehungen“ an der Freien Universität Berlin begonnen habe. Ich freue mich auf eine spannende Zeit und neue Aufgaben. Im Büro bin ich Montag, Donnerstag und Freitag vormittags zu erreichen.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann

Pressemitteilung

Johannes Schraps (SPD): „Gerechte Finanzierung der Krankenkassenbeiträge – Die Parität kommt“.

Der Bundestag hat in 2./3. Lesung das GKV-Versicherentlastungsgesetz verabschiedet. Der heimische Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps freut sich über die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger: „Damit lösen wir ein Versprechen ein, das wir unseren Wählerinnen und Wählern gegeben haben. Ab dem 1.1.2019 werden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern bzw. der Rentenversicherung und Arbeitnehmern bzw. Rentnern getragen. Das gilt auch für den kassenindividuellen Zusatzbeitrag.“

„Mit der Wiedereinführung der Parität werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen um rund 5 Mrd. Euro entlastet und Arbeitgeber bzw. die Rentenversicherung an künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen gleichermaßen beteiligt.“ so Schraps weiter. „Wir setzen mit dem Versichertenentlastungsgesetz sozialdemokratische Gesundheitspolitik um und sorgen für mehr Beitragsgerechtigkeit bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.“

In den parlamentarischen Verhandlungen ist es der SPD zudem gelungen, weitere Verbesserungen für Selbständige zu erwirken.

„Die Mindestbemessungsgrundlage für hauptberuflich Selbständige wird ab kommenden Jahr an die Beitragsbemessungsgrundlage von freiwillig Versicherten innerhalb der GKV angepasst. Selbständige mit geringen Einnahmen müssen daher zukünftig nur noch halb so hohe Krankenkassenbeiträge zahlen wie bisher.“

Darüber hinaus wird die ungerechte Verbeitragspraxis eines fiktiven Mindesteinkommens während des Bezuges von Krankengeld oder Mutterschaftsgeld beendet. „Das sind sozialpolitische Erfolge, die sich finanziell bei den Betroffenen bemerkbar machen werden.“ Bewertet Schraps die Verbesserungen im GKV-VEG.

Außerdem werden weitere Verbesserungen für die Absicherung der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit auf den Weg gebracht. „In harten Verhandlungen mit der Union konnten wir erreichen, dass die Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die seit dem 15. März 2012 ausgeschieden und älter als 55 Jahre sind, übergangsweise in die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung wechseln können.“

Leider war die Union nicht dazu bereit, den zukünftig freiwillig gesetzlich versicherten Soldatinnen und Soldaten auf Zeit auch den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner (KVdR) zu eröffnen. Dazu wäre die Anerkennung der Dienstzeit als Vorversicherungszeit notwendig gewesen. „Wir Sozialdemokraten erwarten, dass diese Frage im Rahmen des Gesetzes zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr noch einmal beraten wird und dass die Bundesverteidigungsministerin und die Union Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten auf Zeit übernimmt, die einen wichtigen Dienst leisten.“

